

PARTSCH & PARTNER RECHTSANWÄLTE

PARTSCH & PARTNER RECHTSANWÄLTE
KURFÜRSTENDAMM 50 · 10707 BERLIN

CHRISTOPH J. PARTSCH
LL.M. (DUKE), DR. JUR.
RECHTSANWALT

AXEL MÜTZE
RECHTSANWALT
FACHANWALT FÜR
URHEBER- UND MEDIENRECHT

Presseerklärung:

Unternehmen und Freiberufler sollten gegen Auskunftsbefehle nach Bundesstatistikgesetz vorgehen

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Juli 2017 hat vor dem Bundesverwaltungsgericht in den Verfahren 8 C 22/16 die Klage der Kanzlei Partsch & Partner und der Kanzlei Paul & Partner anerkannt, wonach das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg rechtswidrig handelte, als es die Kanzlei zu umfänglichen Auskünften nach dem Bundesstatistikgesetz unter Zwangsgeldandrohung zwang. Das zu erwartende Anerkenntnisurteil hat für alle Unternehmen in Deutschland Bedeutung, die von den jeweiligen Landesstatistikämtern in der Vergangenheit zu immer mehr, teils teildidentischen Auskünften aufgefordert werden, was Unternehmen wie Freiberufler zunehmend belastet.

Hintergrund der Aktivitäten der Statistikämter ist die Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik (EG, Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008, Abl. L97 S. 13). Der Bundesgesetzgeber hat die Vorgaben dieser EU-Verordnung verschärfend umgesetzt. In der Praxis schießen die Landesstatistikämter bei der Durchsetzung des Dienstleistungsstatistikgesetzes dann nochmals über das Ziel hinaus. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht bekräftigt. Dem Gebot der Erforderlichkeit genüge bei Stichprobenerhebungen ein Auswahlverfahren, bei dem mit der geringstmöglichen Belastung der Auskunftspflichtigen die fachwissenschaftlich notwendig repräsentativen statistischen Ergebnisse erzielt werden könnten, so das Gericht. Und der Zweck von Stichprobenerhebungen für die Bundesstatistik werde verfehlt, wenn das Verfahren zur Auswahl der auskunftspflichtigen Unternehmen allein auf die Erzielung optimaler, möglichst genauer Ergebnisse und nicht darauf ausgerichtet werde, bezogen auf den jeweiligen Verwendungszweck hinreichend repräsentative Ergebnisse zu erzielen. Auch böte das Gleichbehandlungsgebot bei Stichprobenerhebungen die Anwendung eines Auswahlverfahrens, das die Belastung möglichst gleichmäßig auf die Auskunftspflichtigen verteilt. Damit sind die Berliner Kanzleien Partsch & Partner sowie Paul & Partner mit ihren jeweiligen Klagen erfolgreich gewesen, welche noch das Verwaltungsgericht Berlin und das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg jeweils in Bausch und Bogen abgewiesen hatten (VG Berlin 1 K 5/13 und OVG Berlin-Brandenburg 12 B 6/15). Die Erhebung der Daten greife in die Freiheit der Berufsausübung der Anwälte unverhältnismäßig ein, urteilte das Bundesverwaltungsgericht. Lediglich mit dem Argument, in die Berufsausübungsfreiheit werde auch durch additive Grundrechtseingriffe durch eine Vielzahl von statistischen Erhebungen eingegriffen, konnten sich die Anwälte nicht durchsetzen. Allerdings hat das Bundesverwaltungsgericht auch hier erfreulicherweise klargestellt, dass die Begrenzung des Gesetzgebers in § 6 Abs. 4 Satz 1 Bundesstatistikgesetz, wonach ein Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten im Kalenderjahr in höchstens drei Stichprobenerhebungen für Bundesstatistiken einbezogen werden darf, nicht ausreiche. Hier sei auch zu prüfen, ob weitere Auskunftsverpflichtungen das Unternehmen unverhältnismäßig belasteten. So hatte das Bundesverwaltungsgericht in den Urteilen vom 15. März 2017 - 8 C 9/16 - sowie - 8 C 6/16 - entschieden. Das Amt für Statistik erkennt dies nun endlich an.

Rechtsanwalt Partsch: „Die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts setzen der Datensammelwut deutscher Beamter eine erfreuliche, wenn auch nur kleine Grenze. Allen Unternehmen in Deutschland sei empfohlen, gegen entsprechende Heranziehungsbescheide Widerspruch einzulegen bzw. gegen erzwungene Auskünfte im Wege der Fortsetzungsfeststellungsklage vorzugehen“.

KURFÜRSTENDAMM 50 · 10707 BERLIN

TEL. +49 (0) 30 / 88 71 95 60 · FAX +49 (0) 30 / 88 71 95 62 · CP@PARTSCH-LAW.COM · WWW.PARTSCH-LAW.COM

BERLINER VOLKSBANK AG · DE02 1009 0000 2640 7570 03 · BIC: BEVODE33

UST-ID: DE306826382 · AG CHARLOTTENBURG, PR 1085 B